

Bekanntmachung im Amtsblatt

- einschl. 1. Änderungssatzung vom 13.12.1977/Westfalenpost vom 17.12.1977
- einschl. 2. Änderungssatzung vom 20.12.1979/Westfalenpost vom 31.12.1979
- einschl. 3. Änderungssatzung vom 15.12.1980/Westfalenpost vom 15.12.1980
- einschl. 4. Änderungssatzung vom 21.12.1981/Westfalenpost vom 23.12.1981
- einschl. 5. Änderungssatzung vom 26.01.1983/Westfalenpost vom 31.01.1983
- einschl. 6. Änderungssatzung vom 23.12.1983/Westfalenpost vom 28.12.1983
- einschl. 7. Änderungssatzung vom 18.12.1985/Westfalenpost vom 20.12.1985
- einschl. 8. Änderungssatzung vom 04.02.1988/Westfalenpost vom 09.02.1988
- einschl. 9. Änderungssatzung vom 18.10.1991/Westfalenpost vom 23.10.1991
- einschl. 10. Änderungssatzung vom 23.12.1991/Westfalenpost vom 24.12.1991
- einschl. 11. Änderungssatzung vom 22.12.1992/Westfalenpost vom 24.12.1992
- einschl. 12. Änderungssatzung vom 23.12.1993/Westfalenpost vom 27.12.1993
- einschl. 13. Änderungssatzung vom 19.12.1994/Westfalenpost vom 23.12.1994
- einschl. 14. Änderungssatzung vom 27.12.1995/Westfalenpost vom 28.12.1995
- einschl. 15. Änderungssatzung vom 23.12.1996/Westfalenpost vom 24.12.1996
- einschl. 16. Änderungssatzung vom 23.12.1997/Westfalenpost vom 27.12.1997
- einschl. 17. Änderungssatzung vom 21.12.1998/Westfalenpost vom 23.12.1998
- einschl. 18. Änderungssatzung vom 20.12.1999/Westfalenpost vom 27.12.1999
- einschl. 19. Änderungssatzung vom 27.12.2000/Westfalenpost vom 28.12.2000
- einschl. 20. Änderungssatzung vom 11.12.2001/Westfalenpost vom 18.12.2001
- einschl. 21. Änderungssatzung vom 23.12.2002/Westfalenpost vom 23.12.2002
- einschl. 22. Änderungssatzung vom 26.11.2008/Westfalenpost vom 01.12.2008
- einschl. 23. Änderungssatzung vom 23.12.2009/Westfalenpost vom 30.12.2009
- einschl. 24. Änderungssatzung vom 22.12.2011/Westfalenpost vom 28.12.2011
- einschl. 25. Änderungssatzung vom 29.11.2012/Westfalenpost vom 12.12.2012
- einschl. 26. Änderungssatzung vom 11.12.2015/Amtsblatt 16/2015
- einschl. 27. Änderungssatzung vom 16.12.2016/Amtsblatt 7/2016
- einschl. 28. Änderungssatzung vom 13.12.2017/Amtsblatt 17/2017
- einschl. 29. Änderungssatzung vom 13.11.2020/Amtsblatt 15/2020
- einschl. 30. Änderungssatzung vom 11.11.2022/Amtsblatt 9/2022
- einschl. 31. Änderungssatzung vom 10.11.2023/Amtsblatt 10/2023

Gebührensatzung**für die Abfallbeseitigung in der Stadt Medebach
vom 20. Dezember 1975**

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1974 (GV NW 1975 S. 91 - SGV NW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08. April 1975 (GV NW S. 304), der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NW S. 712 - SGV 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08. Januar 1975 (GV NW S. 12) und des § 18 der Satzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Medebach hat der Rat der Stadt Medebach in der Sitzung vom 11. Dezember 1975 folgende Gebührensatzung für die Abfallbeseitigung beschlossen:

§ 1

Abfallbeseitigungsgebühren

- (1) Für die Inanspruchnahme der Einrichtungen und Anlagen der Abfallbeseitigung erhebt die Stadt Medebach zur Deckung der Kosten der Abfallbeseitigung Benutzungsgebühren nach dem Kommunalabgabengesetz.
- (2) Die von den Gebührenpflichtigen zu entrichtenden Gebühren setzen sich zu einem Teil aus Grundgebühren je Einwohner bzw. Einwohnergleichwert und zu einem anderen Teil aus nach Tonnengrößen gestaffelten Zuschlägen je graue und je grüne Tonne zusammen.

§ 2

Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtige sind die Eigentümer der nach Maßgabe der Satzung über den Anschluss- und Benutzungszwang für die Abfallbeseitigung in der Stadt Medebach an die Abfallwirtschaft angeschlossenen Grundstücke. Den Grundstückseigentümern stehen Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Wohnungsberechtigte im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, Nießbraucher sowie auch alle sonstigen zum Besitz eines Grundstücks dinglich Berechtigten gleich.
- (2) Bei Eigentumswechsel erlischt die Gebührenpflicht des bisherigen Eigentümers mit dem letzten Tag des Kalenderjahres, in dem der Wechsel stattgefunden hat. Gleichzeitig beginnt die Gebührenpflicht des neuen Eigentümers. Unterlassen es der bisherige oder der neue Eigentümer, den Eigentumswechsel anzuzeigen, so haften beide gesamtschuldnerisch für die Zahlung der Gebühren, die in der Übergangszeit fällig geworden sind.

§ 3

Bemessungsgrundlagen

- (1) Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Grundgebühren ist
 - a) bei Wohnungsgrundstücken die Zahl der auf dem angeschlossenen Grundstück wohnenden Personen mit dem 1. und 2. Wohnsitz,
 - b) bei Grundstücken oder Grundstücksteilen, die nicht Wohnzwecken dienen, der anstatt der Personenzahl festgesetzte Einwohnergleichwert,
 - c) bei gemischter Nutzung des Grundstücks nach a) und b) sowohl die Anzahl der auf dem angeschlossenen Grundstück wohnenden Personen als auch die Summe der festgesetzten Einwohnergleichwerte.
- (2) Maßgebend für die Veranlagung der Grundgebühren sind die an den Stichtagen ermittelten Personenzahlen und Einwohnergleichwerte.
- (3) Stichtage für die Veranlagung der Grundgebühren sind jeweils die letzten Tage der Monate Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Die Personenzahl und die

Einwohnergleichwerte werden jeweils zu diesen Stichtagen festgestellt und für die jeweils folgenden zwei Monate nicht verändert.

- (4) Bemessungsgrundlage für die Zuschläge auf die Grundgebühr ist die Zahl und das Fassungsvermögen der auf den angeschlossenen Grundstücken an den Stichtagen gem. § 11 der Abfallbeseitigungssatzung bereitgestellten grauen und grünen Abfalltonnen.
- (5) Werden Grundstücke nach dem Stichtag angeschlossen, so gilt als Stichtag der Tag, an dem die Gebührenpflicht entsteht.
- (6) Die nachstehende Festsetzung von Einwohnergleichwerten gilt zum einen für die Ermittlung des Behältervolumens für die in § 6 Abs. 2 der Abfallentsorgungssatzung erwähnten Pflicht-Restmülltonnen und zum anderen für die Gebührenerhebung. Die Einwohnergleichwerte werden wie folgt festgesetzt, wobei angefangene Berechnungseinheiten aufgerundet werden:

Unternehmen/Institution	je Platz/Beschäftigten/ Bett	Einwohner- gleichwert
a) Krankenhäuser, Altenheime und ähnliche Einrichtungen	je Platz	1
b) öffentl. Verwaltungen, Geld- institute, Verbände, Kranken- kassen, Versicherungen, selbständig Tätige der freien Berufe, selbständige Handels-, Industrie- u. Versicherungs- vertreter	je 3 Beschäftigte	1
c) Schulen, Kindergärten, Landschulheime	je 10 Schüler/Kinder/ Lehrer u. Personal	1
d) Speisewirtschaften, Imbiss- stuben	je Beschäftigten	4
e) Schankwirtschaften, Eisdielen	je Beschäftigten	2
f) Beherbergungsbetriebe u. Ferienwohnungen	je 4 Betten	1
g) Lebensmitteleinzel- u. Großhandel	je Beschäftigten	2
h) sonstiger Einzel- und Großhandel	je Beschäftigten	0,5
i) Industrie, Handwerk u. übriges Gewerbe	je Beschäftigten	0,5

Beschäftigte im Sinne des Abs. 6 sind alle in einem Betrieb Tätigen (z.B. Arbeitnehmer, Unternehmer, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende) einschließlich Zeitarbeitskräfte. Halbtagsbeschäftigte werden zu 1/2 bei der Veranlagung berücksichtigt. Beschäftigte, die weniger als die Hälfte der branchenüblichen Arbeitszeit beschäftigt sind, werden bei der Veranlagung zu 1/4 berücksichtigt.

Für Friedhöfe, Schwimmbäder, Kirchen, Dorfgemeinschaftshäuser und ähnliche Einrichtungen ohne ständige Bewirtschaftung und Benutzung werden am tatsächlichen Abfallaufkommen orientierte Einwohnergleichwerte festgesetzt.

- (7) Sollte im Einzelfall die Höhe der Gebühr wegen der Anrechnung der Einwohnergleich-

werte nach Abs. 6 oder aus anderen Gründen (z.B. nachgewiesener Mehrbedarf an Behältervolumen/Zusatztonnen) in einem erheblichen Missverhältnis zur in Anspruch genommenen Abfallbeseitigung stehen, kann die Gebühr entsprechend der tatsächlichen Inanspruchnahme angepasst werden.

§ 4

Höhe der Gebühren

- (1) Die Grundgebühr je Jahr beträgt je Einwohner bzw. Einwohnerequivalent 69,- €.

Zusätzlich zu dieser Grundgebühr werden folgende jährlichen Zuschläge für die gem. § 3 Abs. 4 bereitgestellten Abfalltonnen erhoben:

Die Gebühren für die aufgestellten Abfallgefäße betragen je

80 l graue Tonne	23,00 €
120 l graue Tonne	34,50 €
240 l graue Tonne	69,00 €
80 l grüne Tonne	23,00 €
120 l grüne Tonne	34,50 €
240 l grüne Tonne	69,00 €

Für die Aufstellung von **Zusatztonnen** (Aufstellung bei Mehrbedarf über dem Höchstvolumen) betragen die Gebühren je

80 l graue Tonne	54,00 €
120 l graue Tonne	81,00 €
240 l graue Tonne	162,00 €
80 l grüne Tonne	54,00 €
120 l grüne Tonne	81,00 €
240 l grüne Tonne	162,00 €
120 l Saisontonne grün	40,50 €
240 l Saisontonne grün	81,00 €
240 l blaue Tonne	30,00 €

Für die Aufstellung von **separaten Tonnen** (Aufstellung Tonne ohne Zahlung einer Grundgebühr) betragen die Gebühren je

80 l graue Tonne	66,00 €
120 l graue Tonne	99,00 €

240 l graue Tonne	198,00 €
80 l grüne Tonne	70,00 €
120 l grüne Tonne	105,00 €
240 l grüne Tonne	210,00 €
240 l blaue Tonne	57,00 €

- (2) Für Restmüll- und Biomüllmengen, für die der jeweilige Abfallbehälter vorübergehend nicht ausreicht und die sich zum Einsammeln in Abfallsäcken eignen, müssen von der Stadt Medebach zugelassene Abfallsäcke, sogenannte Beistellsäcke, genutzt werden. Sie werden von der Stadt Medebach bzw. dem von ihr beauftragten Dritten eingesammelt, soweit sie am Abfuhrtag der grauen bzw. grünen Tonne am Standplatz der Abfallbehälter bereitgestellt werden. Beistellsäcke für vorübergehenden Mehrbedarf beim Restmüll veräußert die Stadt gegen eine Gebühr von 6,00 €. Beistellsäcke für vorübergehenden Mehrbedarf beim Bioabfall veräußert die Stadt gegen eine Gebühr von 4,00 €.
- (3) Mit diesen Gebühren, die auch die gemäß § 3 Abs. 7 dieser Gebührensatzung angepasste Gebühr beinhalten, werden sämtliche Kosten der Abfallbeseitigung, die die Stadt zu tragen hat, abgegolten. Dazu gehören insbesondere die Miete und Abfuhr der grauen, grünen und blauen Tonnen, die Deponie- bzw. Kompostierungsgebühren des Kreises, die Kosten der Sonderabfallentsorgung, die Kosten der Bauschutt- und Kühlgeräteentsorgung, die Sperrmüllentsorgung sowie die Entsorgung von Baum- und Strauchschnitt (Aktionstage im Frühjahr und Herbst).
- (4) Kinder im Alter von 0-2 Jahren werden automatisch von der Grundgebühr befreit. Pflegebedürftige Personen in Privathaushalten, werden auf Antrag von der Grundgebühr befreit. Dem Antrag ist ein ärztliches Attest, dass 1. Pflegebedürftigkeit vorliegt und 2. aufgrund von Inkontinenz die Verwendung von Windeln erforderlich ist, beizufügen.
- (5) Für die Abholung von sperrigen Abfällen ist je Anforderung (Kartenanmeldung „Abfuhr auf Abruf“) eine separate Gebühr von 20,-- € vorab zu entrichten.
- (6) Für die Abholung von Baum- und Strauchschnitt ist je Anforderung (Kartenanmeldung „Abfuhr auf Abruf“) eine separate Gebühr in Höhe von 10,00 € vorab zu entrichten.

§ 5

Auskunftspflicht, Kontrolle, Schätzung

- (1) Die Anschlusspflichtigen sind verpflichtet, der Stadt die zur Feststellung der Gebühr erforderlichen Angaben zu erteilen.
- (2) Die Stadt ist berechtigt, an Ort und Stelle zu prüfen, ob die zur Feststellung der Gebühren gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen.
- (3) Sofern die Stadt die zur Festsetzung der Gebühren erforderlichen Angaben nicht oder nur unzureichend gemacht werden, kann die Stadt die Veranlagung aufgrund einer Schätzung durchführen.

§ 6

Heranziehung zu Gebühren

Die nach dieser Satzung zu entrichtenden Gebühren werden in den zu Beginn eines jeden Jahres von der Stadt zu erlassenden Grundbesitzabgabenbescheiden nach den dann maßgebenden Bemessungsgrundlagen (Einwohner, Einwohnergleichwerte, Zahl und Volumen der Abfalltonnen) festgesetzt. Die Zahlung ist in Teilbeträgen an den für die übrigen Grundbesitzabgaben, insbesondere für die Grundsteuer, maßgebenden Zahlungsterminen fällig. Ändern sich die Bemessungsgrundlagen zu den dafür maßgebenden Stichtagen, so ergehen Änderungsbescheide.

§ 7

Ermäßigung und Befreiung

Anträge auf Ermäßigung oder Befreiung von der Gebühr sind schriftlich unter Angabe von Gründen an die Stadt Medebach zu richten. § 131 Abs. 1 Satz 1 Abgabenordnung findet entsprechende Anwendung.

§ 8

Rechtsmittel und Zwangsmaßnahmen

- (1) Die Rechtsmittel gegen Maßnahmen aufgrund dieser Gebührensatzung richten sich nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung in der Neufassung der Bekanntmachung vom 19.3.1991 (BGBl. I. S. 686) in der z.Zt. geltenden Fassung, und dem Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen vom 26. März 1960 (GV.NRW. S. 47, SGV.NRW. 303), in der z.Zt. geltenden Fassung.
- (2) Für Zwangsmaßnahmen aufgrund dieser Gebührensatzung gilt das Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV.NRW. S. 510, SGV. NRW. 2010), in der z.Zt. geltenden Fassung.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Gebührensatzung tritt am 01.01.1976 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Gebührensatzung vom 15.05.1970, zuletzt geändert am 12.12.1974, außer Kraft.

1. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1978 in Kraft.
2. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1980 in Kraft.

3. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1981 in Kraft.
4. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1982 in Kraft.
5. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1983 in Kraft.
6. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1984 in Kraft.
7. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1986 in Kraft.
8. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1988 in Kraft.
9. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.12.1991 in Kraft.
10. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1992 in Kraft.
11. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1993 in Kraft.
12. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1994 in Kraft.
13. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1995 in Kraft.
14. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1996 in Kraft.
15. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1997 in Kraft.
16. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1998 in Kraft.
17. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.1999 in Kraft.
18. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2000 in Kraft.
19. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2001 in Kraft.

20. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2002 in Kraft.
21. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2003 in Kraft.
22. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2009 in Kraft.
23. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2010 in Kraft.
24. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2012 in Kraft.
25. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2013 in Kraft.
26. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2016 in Kraft.
27. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2017 in Kraft.
28. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2018 in Kraft.
29. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.
30. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.
31. Änderungssatzung
Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.